

Liebe Angehörige der jüdischen Gemeinde, verehrte Anwesende!

Die Pogrome der Nacht vom 9. zum 10. November jähren sich zum 85. Mal. Aus diesem Anlass versammeln wir uns an dieser Stelle, an der bis zu jener Nacht die Synagoge der Elmshorner Jüdischen Gemeinde stand, um zu trauern, zu erinnern und zu mahnen. Es ist fast so wie in vielen Jahren zuvor. Und doch ist manches anders.

Im Nahen Osten tobt die Gewalt zwischen Israelis und Palästinenser*innen weiter. Es sind abertausende Tote und Schwerverletzte in der kurzen Zeit seit dem 7. Oktober zu beklagen. Der Tag, an dem von der Hamas in Israel so viele Jüdinnen und Juden verschleppt, gefoltert oder ermordet wurden.

Seither zeigt der Antisemitismus vielerorts so offen sein Gesicht wie seit langem nicht mehr. Stolpersteine werden geschändet, antisemitische Parolen tönen auf Demos, nicht nur aus dem Mund von Hamas-Anhängern und Häuser mit jüdischen Bewohnern werden mit Davidsternen beschmiert. Die antisemitische Hetze auf Social-Media-Kanälen explodiert, selbst in TV-Talkshows werden altbekannte Stereotype über jüdische Menschen kolportiert und fast folgerichtig kam es zu Angriffen auf Synagogen sowie auf ein jüdisches Krankenhaus.

2023 wurden schon vor dem 7. Oktober in Deutschland 1.365 antisemitisch motivierte Straftaten registriert. Seither steigt die Anzahl derartiger Straftaten weiter dramatisch an.

Dieser Antisemitismus ist nicht rechts oder links, er ist nicht muslimisch, er wurde nicht importiert und er kann nicht abgeschoben werden. Er ist ein genuines Problem aus der Mitte der Gesellschaft.

Betty Scholem notierte in ihrem Tagebuch: „Aber der Antisemitismus hat das Volk so durchsetzt und verseucht, dass man allenthalben auf die Juden schimpfen hört, ganz öffentlich, in so ungenierter Weise wie nie bisher.“ Betty Scholem war die Mutter des israelischen Religionshistorikers Gershom Scholem und des in Buchenwald ermordeten kommunistischen Reichstagsabgeordneten Werner Scholem.

Ihr aktuell anmutender Tagebucheintrag stammt aus dem Jahr 1923. Nur wenige Tage nach ihrer Notiz, am 5. und 6. November 1923, fand im Berliner Scheunenviertel das größte antisemitische Pogrom der Weimarer Republik statt. Im Scheunenviertel lebten viele Jüdinnen und Juden, die vorwiegend aus Polen und der Ukraine geflohen waren.

Antisemitische Agitatoren gaben osteuropäischen Juden die Schuld für die Notlage der Bevölkerung im Jahr der Superinflation, in dem massenhaft Menschen verarmten. Vor Arbeitsämtern, in denen kein Geld mehr ausgezahlt werden konnte, wurde behauptet, die Galizier aus dem Scheunenviertel wären schuld.

Am 5. November begannen Plünderungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen. Menschen wurden geschlagen und beraubt. Die Polizei hielt sich laut Zeitungsberichten stark zurück und lies die Plünderer gewähren.

Angehörige des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten versuchten den Mob zu stoppen. Nicht die Täter, sie wurden von der Polizei verhaftet und misshandelt. Erst am nächsten Tag zerstreute die Schutzpolizei die Menschenmassen.

Aber auch häufige Polizeirazzien waren im Scheunenviertel eine große Bedrohung für die Einwohner. Diese Razzien ordnete der Polizeipräsident Richter an, der sich beim preußischen Innenministerium beklagte, es gebe im Scheunenviertel eine „Ostjudenplage – mit bolschewistischen Ansichten“.

Im Verlauf des Herbstes kam es auch in Bayern, Thüringen, Ostpreußen und Bremen zu ungezählten Fällen von Gewalt und der Einschüchterung jüdischer Menschen.

Am 5. Oktober 1923 erließ die bayrische Staatsregierung durch den Generalstaatskommissar Gustav von Kahr die sogenannte Wuchergesetzgebung. Diese Verordnung zielte auf die in Bayern teilweise seit Jahrzehnten lebenden ostjüdischen Familien und hatte massenhafte Ausweisungen zur Folge. Das war nicht nur propagierter, sondern regierungsamtlich praktizierter Antisemitismus.

Heute vor 100 Jahren folgte in München fast folgerichtig ein zunächst von Kahr beförderter Putsch. Die oft verharmlosend als „Hitlerputsch“ bezeichnete Aktion von völkischen Nationalisten, Militaristen und Monarchisten startete eine bewaffnete Aktion gegen die demokratische Verfassung der Republik. Die vorbereitete „Notverfassung“ forderte neben der Auflösung der parlamentarischen Körperschaften im Land wie im Reich, ein Streikverbot und die Entlassung jüdischer Beamter. Teile des Putschplans waren auch die Erlaubnis zur Einziehung jüdischen Vermögens und die Ausweisung sicherheitsgefährlicher Personen. „Unnütze“ Esser sollten in Sammellager gebracht und zur Zwangsarbeit verpflichtet werden.

So unterschiedlich die beteiligten Strömungen an dieser Putschaktion auch waren, das alle einigende Band war der Antisemitismus.

Dieser Exkurs in das Krisenjahr 1923 zeigt, dass es nicht mehr darum ging „den Anfängen zu wehren“. Mahner vor der faschistischen Gefahr gab es zahlreich. Vertreter der Arbeiterparteien, Gewerkschafter, Schriftsteller und Publizisten.

I

In der Novemberausgabe von „Der Kampf“, einer jiddisch-zionistischen Zeitschrift, schrieb Abraham Revoutzky in einem Artikel unter der Überschrift:

An der Schwelle der deutschen Konterrevolution

Natürlich lassen sich politische Prognosen nicht wie mathematische Formeln berechnen. Überraschungen sind immer möglich, auch angenehme. Die größte Wahrscheinlichkeit ist aber die, dass eine rechte Diktatur, ob mit oder ohne parlamentarischem Feigenblatt, in der nächsten Zeit in Deutschland die herrschende Regierungsform sein wird.

Auch die vergleichsweise ruhigeren Verhältnisse in den folgenden 10 Jahren zeigten, es gab keine Brandmauer zu den völkischen, profaschistischen und antisemitischen Kreisen. Große Teile der Spitzen in den Verwaltungen, in der Justiz, der Polizei und der Reichswehr standen der Republik und ihrer Verfassung feindlich gegenüber.

In der ganzen Zeit der Weimarer Republik begingen SA-Trupps Gewalttaten gegen Juden, ihre Geschäfte, Wohnungen und Einrichtungen und bedrohten jüdische Ärzte und Anwälte. Dies zwang einige jüdische Betriebe zum Rückzug aus manchen Städten. Boykottiert und schikaniert wurden seit Beginn der Weltwirtschaftskrise gezielt erfolgreiche mittelständische Warenhäuser in jüdischem Besitz, um deren Konkurrenz loszuwerden.

Die dann im Jahr 1933 einsetzenden Schritte zur Eskalation der Verfolgung, zahlreiche antijüdische Gewalttaten, Enteignungen sowie massive juristische Diskriminierungen, stießen auf eine schon lang anschwellende Gewöhnung. Die Mittäter waren vorbereitet, die Mitläufer darauf eingestellt und die Wegseher taten das, was sie schon immer taten. Der ohnehin uneinige und schon geschwächte Widerstand wurde verfolgt, eingesperrt, ermordet.

Ungehindert konnte die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung bis zur planmäßigen und industriell organisierten Vernichtung seinen Weg nehmen.

Es folgte die den Eroberungs- und Vernichtungskrieg begleitende systematische Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung mit über 6 Million Toten.

Auch schon vorher und nachher gab und gibt es Völkermord. Aber der Genozid an der jüdischen Bevölkerung ist historisch einmalig. Niemand sollte diese Einmaligkeit der Shoah durch unzulässige Vergleiche relativieren.

Am Vorabend der Reichspogromnacht hatte die jüdische Gemeinde Elmshorns 60 Mitglieder. Nach der Befreiung vom Faschismus waren sie alle vertrieben, geflohen oder ermordet. Es gab keine jüdische Gemeinde mehr.

Gestern konnte die heutige jüdische Gemeinde Elmshorns den 20. Jahrestag ihrer Wiedergründung begehen. Dazu unseren herzlichen Glückwunsch. Die Gemeinde ist ein bereichernder unverzichtbarer Teil der Zivilgesellschaft unserer Stadt. Gegen das Vergessen zu wirken ist unser gemeinsamer Auftrag.

Lassen Sie uns gemeinsam gegen alle Formen des Antisemitismus, des Rassismus und der Ausgrenzung antreten! Nie wieder!